



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/6 - 8.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Berlin - kein Faß ohne Boden	S. 1
Eisenhower wartet auf den Ruf	S. 3
Bedrohte Meinungsfreiheit	S. 4
Krise beim Lehrernachwuchs	S. 5

Berlin produziert mehr Von Willy Brandt, Mitglied des Bundestages

Es mag sinnvoll sein, noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß Berlin wirtschaftlich gesehen keineswegs jener hoffnungslose Fall ist, als den man es gelegentlich hat hinstellen wollen. Gewiß, im Vordergrund steht die politische Aufgabe, die Westberlin inmitten der sowjetischen Zone zu erfüllen hat. Die beträchtlichen Zuschüsse des Westens landen jedoch nicht, wie man noch vor kurzer in einflußreichen Presseorganen lesen konnte, in einem "Faß ohne Boden".

Im Gegenteil, Westberlin kann für das vergangene Jahr eine überzeugende Erfolgsbilanz nachweisen: Produktion und Produktivität haben zugenommen, die Lieferwerte sind angestiegen, die Zahl der Beschäftigten liegt höher. Wegen des außerordentlich niedrigen Ausgangsniveaus steht man allerdings erst auf der Mitte jenes Weges, der zur Angleichung an den Wirtschaftsstand des deutschen Westens führen soll. Darum hat auch das neue Jahr mit neuen Berliner Wirschen begonnen. Der DGB erklärte: Berlin braucht Aufträge, um seine Aufgabe im Kampf für die Freiheit Deutschlands erfüllen zu können!

Lesson wir einige nüchternen Zahlen sprechen. Der Berliner Produktionsindex liegt im Durchschnitt bei 51 vH von 1936. Das ist sehr wenig, wenn man die 135 vH des westlichen Bundesgebietes als Vergleichsmaßstab heranzieht. Es darf jedoch nicht

vergessen werden, daß Berlin am Ende der Blockade auf 17 vH abgesunken war. Seine Vergleichszahlen für Anfang 1950 und Anfang 1951 sind 22 und 34 vH. In einer Reihe von Betriebszweigen ist die 50-Prozent-Grenze wesentlich überschritten, z.B. in der Elektroindustrie und in Teilen des Maschinenbaus.

Das entscheidende Problem ist jedoch, wie Berlin weiterhin seine echten produktiven Grundlagen erweitern kann, um dadurch zumindest teilweise die erzwungene Ausschaltung aus hauptstädtischen Funktionen ausgleichen zu können. Die Erweiterung und Festigung der produktiven Grundlagen ist in hohem Maße ein Kapitalproblem, gegenwärtig nicht zuletzt auch ein Problem von Betriebsmittelkrediten.

Berlin hat insgesamt 342,5 Mio. RM aus den drei ERP-Raten zugeteilt erhalten. Davon waren kürzlich 308 Mio. bewilligt und 285 Mio. ausgezahlt. 48 Mio. davon fließen dem Wohnungsbau zu, 29 Mio. den öffentlichen Betrieben und 206 Mio. den privaten Betrieben. Aus Gariboldi-Mitteln stehen 200 Mio. für langfristige Investitionen zur Verfügung. Davon sind bisher 92 Mio. bewilligt und 42 Mio. zur Auszahlung gelangt. Bis auf weiteres erhält Berlin auch noch aus amerikanischen Mitteln 15 Mio. monatlich zur Finanzierung seines besonderen Notstandsprogrammes.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird es von großer Wichtigkeit sein, daß sich Berlin auf regelmäßige Lieferungen von Rohstoffen und Rohmaterialien aus dem Westen verlassen kann. Aus dem Osten muß man leider immer wieder mit Störmanövern, vor allem auf den Wege der Verkehrsbehinderungen, rechnen. Es ist aber entscheidend, ob sich die westdeutsche Wirtschaft dadurch abschrecken läßt, oder ob sie ihre Verpflichtungen erkennt und stärker als bisher für Auftragsvergebungen nach Berlin eintritt.

Im Laufe dieses Jahres ist erstmalig mit einem zwar bescheidenen, aber für Berliner Verhältnisse wesentlichen Wohnungsbauprogramm zu rechnen. Es sollen 10000 neue Wohnungen erstellt werden, nachdem die bisher zur Verfügung stehenden Mittel zum größten Teil für die Wiederherstellung zerstörten Wohnraums eingesetzt werden mußten. Bürgermeister Reuter hat darauf hingewiesen, daß es neben dem Ausbau der Industrie darauf ankommen müsse, Berlin so wieder instandzusetzen, daß es zu gegebener Zeit seine Aufgaben als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland übernehmen kann.

Eisenhower ist nicht mehr abgeneigt ...

Von einem außenpolitischen Mitarbeiter

Das Schweigen, das über General Eisenhowers, des derzeitigen Oberkommandierenden der Atlantikpakt-Armee, innerpolitischen Absichten lag, ist nun nach vielen Monaten eines dramatischen Rätselsratens gebrochen. Zur Erleichterung seiner republikanischen Freunde hat er sich bereiterklärt, sich als Präsidentschafts-Kandidat der Republikaner aufstellen zu lassen, sobald der Ruf an ihn kommt. Bis dahin werden immerhin noch einige Monate verfließen, der Republikanische Konvent, der über die Aufstellung von Kandidaten zu entscheiden hat, findet erst im Juli statt. Immerhin dürfte die Bereitschaft Eisenhowers, in das Wettrennen einzutreten, und, wie die Amerikaner sagen, seinen Hut in die Arena zu werfen, in den USA klare Fronten schaffen.

Zunächst steht eine große Auseinandersetzung innerhalb der Republikanischen Partei hervor. Der einflußreiche Senator Taft, der Prototyp des republikanischen Amerikaners, hat seine Kandidatur schon vor Monaten angemeldet. Er wird zähe um Stellung und Einfluß ringen. Es hieße die Dinge zu vereinfachen, wollte man in Taft nur den Isolationisten und in Eisenhower den international eingestellten, weltoffenen Republikaner sehen. Auch Taft hat sich nach langen Schwanken, das seine Freunde verwirrte, zu einem festen Engagement Amerikas in Europa bekannt, obgleich er das Schwergewicht der Amerika-Politik auf Asien verlegen möchte.

Eisenhowers Kandidatur würde unzweifelhaft den europafreundlichen Flügel der Republikaner verstärken. Sie wäre auch das Ende jedes Isolationismus, der für viele Amerikaner immer noch eine gewisse Anziehungskraft besitzt. Hier liegt die geradezu weltgeschichtliche Bedeutung des Einsteigens Eisenhowers in die amerikanische Innenpolitik. Ihre Auswirkungen, man denke nur an die immer noch in ihren Anfängen steckende westeuropäische Verteidigung, die mit dem Abgang Eisenhowers ihre koordinierende Spitze verlieren würde, sind nicht abzusehen.

+ + +

Totalitärer Montag beim DUD

J.F.W. Am Sylvesterabend ermöglichte der NWDR Dr. Adenauer, sich in einem Interview über die, seiner Ansicht nach, von ihm erzielten Erfolge in den Plevan-Plan-Besprechungen zu äußern. Der Bundeskanzler benutzte diese Gelegenheit, um gegen die sozialdemokratische Stellungnahme zu seiner letzten politischen Reise zu polemisieren. Billigerweise ließ daraufhin der NWDR am letzten Sonnabend den zweiten SPD-Vorsitzenden, wiederum in einem Interview, zu Worte kommen. Den Hörern wurde damit Gelegenheit gegeben, die Argumente von Regierung und Opposition gegeneinander abzuwägen. Im Dienste einer objektiven demokratischen Meinungsbildung hatte der NWDR nicht mehr als seine selbstverständliche Pflicht getan.

Nur der Pressedienst der CDU ist anderer Meinung. Für ihn steht eine Meinungsäußerung des Kanzlers außerhalb der Diskussion. Getreu der in Karlsruhe verkündeten Adenauerschen Sprachregelung zur Knebelung der Meinungsfreiheit schreibt dieses Blatt:

"...entschieden muß man sich gegen eine Verschiebung der Schwerpunkte verwahren. Herr Cilenhauer ist in dieser Sicht kein "Partner" des Bundeskanzlers. Partner der Regierung oder des Bundeskanzlers sind vielmehr sowohl die Koalition, als auch die Opposition. Wer also eine Stellungnahme der Bundesregierung durch die Auffassung ihrer Partner näher beleuchten will, muß die Meinung der beiden Partner heranziehen, konkret müßte man also neben einem Sprecher der SPD, als der stärksten Oppositionspartei, auch einen Sprecher der stärksten Regierungspartei zu Worte kommen lassen".

Eine seltsame Theorie! In unserer parlamentarischen Demokratie, das sollte auch der Pressedienst der CDU, einer Partei, die ihren Namen nach demokratisch sein will, wissen, ist jede Regierung Regierung. Sie vertritt in der parlamentarischen und öffentlichen Auseinandersetzung die Auffassung ihrer Anhänger, thront also im Meinungskampf nicht über den Parteien, sondern steht mit den Fraktionen ihrer Koalition in gemeinsamer Front gegenüber der Opposition. Beide Lager haben in der Diskussion die gleichen Rechte. Aber nur aus diese gleichwertigen Möglichkeiten kann sich die jeweils antretende Regierung, zusammen mit den Parteien ihrer Anhänger, berufen; nicht

auf Sonderprivilegien in Presse und Rundfunk. Auf dem Kräftespiel dieser zwei Partner, der Regierungsgruppe und der Opposition, beruht das innere Gleichgewicht der Demokratie. Greift die Regierung zu autoritären Methoden, beansprucht sie die Vorrangstellung einer dritten Kraft - ein Begriff, der der parlamentarischen Demokratie wesensfremd ist - um die Opposition in ihren Möglichkeiten zu beschneiden, so zerstört sie die Freiheit. Auf diesen Weg begibt sich der DUD, wenn er, geschmacklos genug, das Rundfunkinterview mit dem zweiten Vorsitzenden der SPD als "rotes Wochenende beim NWDR" hinstellt.

Ein Sonnabend, an dem auch einmal ein Sozialdemokrat im Rundfunk spricht, ist noch kein rotes Wochenende. Aber ein Montag, an dem diese Selbstverständlichkeit angegriffen wird, bringt einen totalitären Wochenbeginn, aus dem sich leicht gleiche Monate und Jahre entwickeln können.

+ + +

Lehrernachwuchs in der Krise

et. Auf der sechsten Bundestagung der Junglehrervertreter in Bremen wurde erstmalig die Öffentlichkeit über Erhebungen unterrichtet, die der Situation im Lehrerstudium gelten. Die Bundesrepublik hat 71 Lehrer-Ausbildungsstätten, die sämtlich befragt wurden. Das Bild, das sich ergibt - es ist allerdings bislang nicht vollständig - kann als Alarmruf bezeichnet werden. Eine offene Nachwuchskrise tritt zutage.

In Hamburg sah man sich bereits gezwungen, die 26 männlichen und 43 weiblichen Bewerber, die 1952 mit dem Lehrerstudium beginnen wollen, unter Verzicht auf jegliche Auslese zum Studium zuzulassen, ohne damit den Bedarf an Lehrerstudenten (der in Hamburg jährlich 100 beträgt) decken zu können. Die Situation der anderen pädagogischen Ausbildungsstätten ist zwar nicht so katastrophal wie in Hamburg, jedoch ist für alle ein bedrohliches Absinken der Bewerberzahlen charakteristisch, und zwar im Verhältnis zu 1949 auf 25 Prozent bei den Männern und auf 34 Prozent bei den weiblichen Aspiranten des Lehrerberufes. Man sieht sich gezwungen, bei den Zulassungen zum Studium weit großzügiger zu verfahren als bisher. In Bonn wurden letzthin 65 Prozent der Bewerber zugelassen, in Lüdenscheid 44 Prozent, in Weilburg 88 Prozent. Auf den Durchschnitt gesehen: 1947 wurde jeder vierte Bewerber zugelassen, 1951 jeder zweite. Dank dieser Entwicklung haben sich übrigens die Aussichten der Nichtabiturienten sprunghaft aufgebessert in Bremen sind 30 Prozent der weiblichen Bewerber (und sie sind be- trächtlich in der Mehrzahl) nicht im Besitz des Reifezeugnisses.

Es wird die Aufgabe der Berliner Tagung 1952 der Deutschen Lehrerverbände sein, die in Bremen aufgezeigten Vorschläge zur Lösung der Nachwuchskrise zu einem brauchbaren Programm auszubauen.

Verantwortlich: Peter Raunau